

Kommunalpolitische Positionen

für Tönisvorst, den Kreis Viersen und den Mittleren Niederrhein

Inhalt

Grußwort	3
Tönisvorst 2020 – regionalökonomisches Kurzprofil	4
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie – Was nun wichtig ist	6
Unsere Forderungen für die kommenden fünf Jahre	8
Stimme der Wirtschaft	8
Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort	13
Gewerbeflächen fürs Wachstum	18
Fließender Verkehr für gute Geschäfte	22
Digitale Welten für eine zeitgemäße Vernetzung	27
Energiewende mit Zukunft	28
Starke Wirtschaft für starken Nachwuchs	30
Fachkräfte für den Erfolg	31
Industrie – Rückgrat der Region	32
Forschung und Innovation sichern die Zukunft	33
Der Niederrhein, ein starkes Stück Rheinland	34
Vom Niederrhein in die Welt	35
Impressum	36

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Nordrhein-Westfalen finden am 13. September Kommunalwahlen statt. Die Monate vor den Wahlen sind von einer schweren Wirtschaftskrise geprägt. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden die neu gewählten Kreistage, Räte, Landräte und (Ober-)Bürgermeister vor große Herausforderungen stellen.

Die vorliegenden Kommunalpolitischen Positionen sind in den vergangenen Monaten in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern entstanden. Bereits im Herbst 2019 hatten wir im Rahmen einer breit angelegten Befragung unseren Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit gegeben, sich an der Formulierung dieser Positionen zu beteiligen. Im März 2020 haben wir unsere Ausschüsse in die Arbeit eingebunden, und im Juni hat die Vollversammlung die Kommunalpolitischen Positionen in ihrer Sitzung beschlossen. Insgesamt haben knapp 2.000 Unternehmerinnen und Unternehmer an der Erarbeitung mitgewirkt.

Trotz der Corona-Pandemie halten wir unsere Kommunalpolitischen Positionen angesichts des fünfjährigen Wahlturnus für richtig und mittelfristig umsetzbar. Da die Ressourcen jedoch knapper sein werden, müssen dabei insbesondere in den kommenden Monaten noch stärker als vorher Prioritäten gesetzt werden. Gleichzeitig ist die kommunale Wirtschaftspolitik in der kommenden Wahlperiode unter dem Eindruck einer tiefen Rezession von noch größerer Bedeutung als bisher. Während der Corona-Krise sind die Stärken und Schwächen unseres Wirtschaftsstandorts offen zutage getreten. Deshalb nennen wir auf den ersten Seiten Forderungen, die aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders wichtig sind.



Elmar te Neues
Präsident
der IHK Mittlerer Niederrhein



Jürgen Steinmetz
Hauptgeschäftsführer
der IHK Mittlerer Niederrhein



Tönisvorst 2020 – regionalökonomisches Kurzprofil

Info



Das Kurzprofil beschreibt die wesentlichen volkswirtschaftlichen Eckdaten der jeweiligen Kommune. Zur besseren Einordnung der kommunalen Lage werden die Indikatoren mit denen anderer NRW-Kommunen verglichen, die der betrachteten Kommune in ihren Rahmenbedingungen (v. a. administrative Kriterien, sozioökonomische Bedingungen und Beschäftigungsdichte) ähneln.

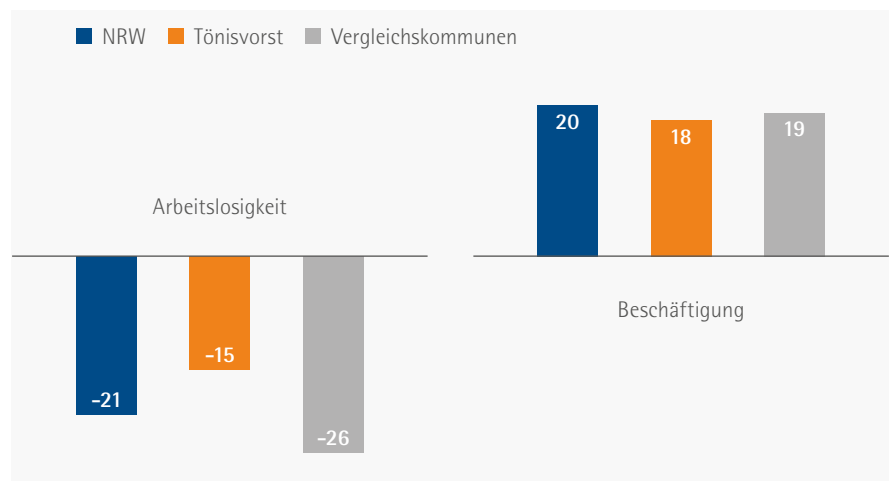
Die entsprechenden Referenzkommunen für Tönisvorst sind: Bünde, Erkrath, Geilenkirchen, Gevelsberg, Hamminkeln, Heiligenhaus, Kamp-Lintfort, Lohmar, Löhne, Mechernich, Meckenheim, Mettmann, Monheim am Rhein, Neukirchen-Vluyn, Sprockhövel, Sundern, Übach-Palenberg, Werl, Wermelskirchen und Wülfrath.

Kommunalvergleich Tönisvorst



Abb. 1: Arbeitslosen- und Beschäftigungsentwicklung

Änderung der absoluten Arbeitslosen- und Beschäftigungszahlen 2009 bis 2019 in Prozent

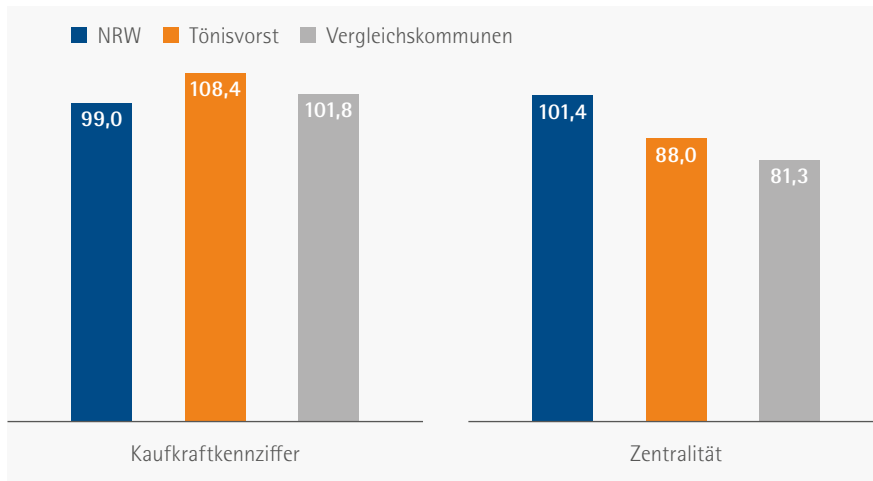


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Arbeitslosenquote in Tönisvorst sank in den letzten zehn Jahren um 0,9 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Damit ist die Arbeitslosenquote 2019 etwas geringer als die in NRW (6,5 Prozent). Die absoluten **Arbeitslosenzahlen** sanken dabei um rund 15 Prozent. In den Vergleichskommunen lag der Rückgang im Schnitt bei rund 26 Prozent. Die **Beschäftigung** hat sich etwas schwächer entwickelt als in NRW. Sie stieg in den letzten zehn Jahren um 18 Prozent auf rund 7.600 Beschäftigte.

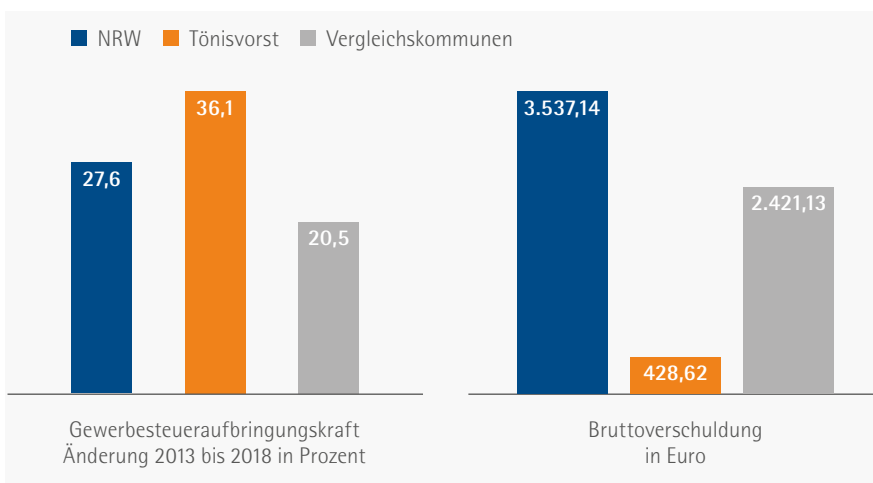
Abb. 2: Kaufkraft und Zentralität

Kennziffer: Deutschland = 100



Quelle: MB-Research, basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes

Die **Kaufkraft** der Tönisvorster liegt oberhalb des Referenzniveaus in den Vergleichskommunen. Der Kommune gelingt es dabei jedoch nicht, Kaufkraft aus anderen Regionen anzuziehen.

Abb. 3: Gewerbesteueraufbringungskraft und Bruttoverschuldung je Einwohner

Quelle: IT.NRW

Die **Gewerbesteueraufbringungskraft** in Tönisvorst ist mit 454 Euro je Einwohner etwas geringer als die in den Referenzkommunen*. Sie stieg jedoch in den letzten Jahren deutlich stärker an, als es in NRW und den Referenzkommunen der Fall war. Auch die **Bruttoverschuldung** ist jedoch mit rund 430 Euro pro Einwohner insgesamt vergleichsweise gering*.

Indikatoren



Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote setzt die Arbeitslosen ins Verhältnis zur Summe aus allen zivilen Erwerbstätigen und den Arbeitslosenzahlen. Sie wird regelmäßig von der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Aus analytischen Gründen werden Arbeitslosenquoten nur für Gemeinden mit mehr als 15.000 zivilen Erwerbspersonen ausgewiesen. Dieses Kriterium erfüllen einige Kommunen am Mittleren Niederrhein oder Kommunen in ihrer Vergleichsgruppe nicht. In diesen Fällen muss die Entwicklung der absoluten Arbeitslosenzahlen verglichen werden.

Kaufkraft

Die Kaufkraft kann als Maßzahl für das verfügbare Nettoeinkommen genutzt werden. Sie kann in Euro pro Kopf oder auch als Index (mit Deutschland als Basiswert 100) angegeben werden.

Zentralität

Die Zentralität ist ein Indikator dafür, ob eher ein Kaufkraftzufluss von außen oder ein Kaufkraftabfluss in andere Kommunen vorliegt. Sie zeigt also an, inwiefern ein Standort überörtliche Kundschaft anziehen kann und kann somit auch ein Anhaltspunkt für die Einkaufsattraktivität einer Kommune sein. Ein Kaufkraftabfluss ist besonders für kleinere kreisangehörige Kommunen nicht ungewöhnlich.

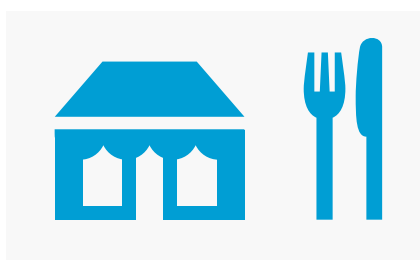
Gewerbesteueraufbringungskraft (Realsteueraufbringungskraft der Gewerbesteuer)

Die sogenannte Realsteueraufbringungskraft der Gewerbesteuer soll die Steuerkraft der Unternehmen verschiedener Kommunen mit unterschiedlichen Gewerbesteuerhebesätzen vergleichbar machen. Sie zeigt, wie hoch das jeweilige Steueraufkommen gewesen wäre, wenn in allen Kommunen der gleiche Hebesatz (Durchschnitt ihres Bundeslandes) zum Tragen gekommen wäre.

* Hinweis: Ausreißer Monheim aus Vergleichsgruppe herausgerechnet

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie – Was nun wichtig ist

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind folgende Punkte für Tönisvorst, den Kreis Viersen und die Region besonders wichtig:



1

Unterstützung für besonders betroffene Branchen

Der Einzelhandel und das Gastgewerbe sind besonders schwer von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie betroffen. Ein lebendiger Einzelhandel und eine vielfältige Gastronomie sind für die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten von großer Bedeutung. Deshalb sollten die Kommunen Restriktionen lockern, sobald dies aus Infektionsschutzgründen erlaubt ist (z. B. Feste oder verkaufsoffene Sonntage mit schnelleren und einfacheren Genehmigungen ermöglichen). Außerdem sollten sie die Branchen finanziell entlasten – etwa bei den Sondernutzungsgebühren. Die Kommunen sollten mit den weiteren besonders betroffenen Branchen aus der Veranstaltungs-, Freizeit- und Reisewirtschaft in einen offenen Dialog treten, um zu klären, wie kommunale Unterstützungsangebote für diese Branchen aussehen könnten.



2

Keine Steuererhöhungsspirale

Die Kommunalfinanzen sind durch die Krise ins Wanken geraten. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Betriebe, die noch Gewinne machen, durch Steuererhöhungen belastet werden. Nach der Wirtschaftskrise 2008 gab es in den Folgejahren eine Steuererhöhungsspirale. Das darf sich nicht wiederholen, denn es schwächt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nachhaltig. Zudem wirkt die Gewerbesteuer aufgrund der Hinzurechnung von ertragsunabhängigen Elementen, wie z. B. Mieten und Zinsen, krisenverschärfend.



3

Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung/E-Government

Kommunalverwaltungen und Unternehmer sind durch die Krise enger zusammengerückt. Darauf müssen wir aufbauen. Es wird noch bedeutender sein, dass sich Kommunalpolitik und Verwaltung in den kommenden Monaten regelmäßig aus erster Hand über die Probleme der Betriebe informieren. Fehlende E-Government-Strukturen haben sich gerade zu Beginn der Pandemie offenbart. Viele Verwaltungen waren bezüglich einiger ihrer unternehmerrelevanten Dienstleistungen (wie z. B. der Straßenverkehrsämter) kaum arbeitsfähig. Wir fordern die Kommunalverwaltungen auf, die Chancen der Digitalisierung stärker zu nutzen.

4 Digitalisierung vorantreiben

Die Krise hat dafür gesorgt, dass noch mehr Wirtschaftsakteure digitale Techniken nutzen – die Zahl der Videokonferenzen und Homeoffice-Möglichkeiten hat sich deutlich erhöht. Allerdings hat sich an vielen Stellen auch gezeigt, dass es an digitaler Infrastruktur mangelt. Daher muss jetzt intensiv am Ausbau der Mobilfunk- und Datennetze gearbeitet werden.



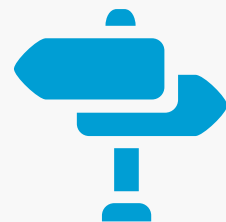
5 Berufsschulen modernisieren

Die IHK Mittlerer Niederrhein hat sich in einer Analyse mit der Zukunftsfähigkeit der Berufsschulen beschäftigt. Die Unternehmer treibt insbesondere das Thema Digitalisierung um. Die fehlende digitale Ausstattung hat sich im Zuge der Pandemie deutlich negativ ausgewirkt. Beim Thema Homeschooling haben viele Akteure großen Einsatz gezeigt, um die technischen Defizite auszugleichen. Diese Erfahrungen zeigen einmal mehr, wie stark der Handlungsdruck in diesem Bereich ist.



6 Grenznähe leben

Die deutsch-niederländische Grenze war während des gesamten Lockdowns geöffnet – auch in Zeiten, als andere Grenzen geschlossen waren. Dennoch zeigen uns die vielen Grenzschließungen infolge der Pandemie, dass die Idee der europäischen Integration (und damit auch die offenen Grenzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit) keineswegs selbstverständlich ist, sondern durch Kooperationen stetig aufrechterhalten werden muss. Diese Kooperationen beginnen bei den Kommunen. Deshalb ermuntern wir die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein weiterhin, Kooperationen – insbesondere mit niederländischen Nachbarn – einzugehen.



Unsere Forderungen für die kommenden fünf Jahre



Stimme der Wirtschaft

Die Kommunalverwaltungen sind wichtige Partner für die Unternehmen. In unseren IHK-Standortanalysen befinden die Unternehmen regelmäßig, dass die kommunalen Kosten und Leistungen sehr bedeutende Standortfaktoren sind. Mittelstandsfreundliche Verwaltungen sind somit auch arbeitsplatz- und ausbildungsplatzfreundliche Verwaltungen und damit ein echter Standortvorteil. Unsere Umfragen zeigen aber auch: Vielfach besteht bei der Bewertung noch Luft nach oben.

Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sollte insbesondere folgende Kriterien erfüllen:

Gewerbesteuerhebesatz weiter im Blick halten

- **Tönisvorst** hat mit 465 Punkten den höchsten Gewerbesteuerhebesatz aller kreisangehörigen Kommunen im IHK-Bezirk. Außerhalb von Nordrhein-Westfalen liegt in der Bevölkerungsgrößenklasse 20.000 bis 50.000 Einwohner der durchschnittliche Hebesatz bei etwa 385 Punkten. Das ist für die Tönisvorster Betriebe ein deutlicher Wettbewerbsnachteil. Deswegen muss auch die Kommunalpolitik die Hebesätze weiter im Blick behalten.

Personelle Ausstattung der Verwaltungen in wirtschaftsnahen Bereichen ausweiten

- Die Wirtschaftsförderung sowie die Planungs- und Genehmigungsbehörden müssen personell quantitativ und qualitativ gut besetzt sein, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Auch in den Kleinstädten sollte mindestens ein Mitarbeiter in Vollzeit als Wirtschaftsförderer tätig sein (und sich ggf. auch um artverwandte Themen wie Stadtmarketing kümmern).
- Die Wirtschaftsförderung sollte auch über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen. Die Wirtschaftsförderung ist zwar haushaltstechnisch eine freiwillige Leistung, aber es sind insbesondere die Unternehmen, die durch Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze für die finanzielle Stabilität einer Kommune sorgen.

One-Stop-Agency einrichten

- Alle Wirtschaftsförderungen sollten das Angebot vorhalten, Unternehmen mit einem Anliegen, das auch andere Ämter (Ordnungsamt, Bauamt, Integrationsamt) betrifft, innerhalb der Verwaltung zu vermitteln – im Sinne einer One-Stop-Agency. Die Kommunen sollten die Unternehmen auf dieses Angebot aufmerksam machen (beispielsweise durch ihre Homepage, Unternehmensbesuche, Unternehmerfrühstücke). Das Angebot sollte auch die Kommunikation mit Behörden außerhalb der eigenen Kommune beinhalten (Baugenehmigungsbehörde, Bezirksregierung) und im Besonderen Existenzgründer und ansiedlungsinteressierte Unternehmer ansprechen.

3,19

Mit dieser Schulnote bewerten die Unternehmen am Mittleren Niederrhein die **kommunalen Kosten und Leistungen** im Schnitt. Hier besteht Luft nach oben.

Stimme der Wirtschaft

Kommunikation zwischen Unternehmer und Kommunalverwaltung verbessern

- Unternehmen sind mit ihren Gewerbesteuerzahlungen, der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und ihrem gesellschaftlichen Engagement eine wichtige Stütze für eine funktionierende Stadtgesellschaft. Die Mitarbeiter in den Verwaltungen sollten dafür sensibilisiert werden, sich als Dienstleister für ihre Kunden – die Unternehmen – zu definieren. Das Engagement der Unternehmer ist schließlich von großer Bedeutung für den Standort und damit auch für die Einnahmen der Stadt. Verwaltungen sollten sich als „Möglichmacher“ verstehen.
- Verwaltungsmitarbeiter sollten Unternehmen regelmäßig eine Rückmeldung zum Bearbeitungsstand der Anliegen geben. Innerhalb von drei Arbeitstagen sollte eine erste qualitative Rückmeldung erfolgen. Bei Nichterreichung des zuständigen Verwaltungsmitarbeiters per Telefon sollte ein Rückruf innerhalb eines vollen Arbeitstages, bei Mails eine Eingangsbestätigung innerhalb eines Arbeitstages garantiert werden. Die Entscheidungswege sowie der Status quo sollten für antragstellende Unternehmer klar und ersichtlich sein.
- Sind Dokumente, die für Anträge erforderlich sind, fehlerhaft, sollten die kommunalen Mitarbeiter die Unternehmen unterstützen und hinsichtlich der notwendigen Dokumente beraten. Bei abgelehnten Anträgen sollten die Unternehmer dezidiert darauf hingewiesen werden, unter welchen Umständen der Antrag ggf. dennoch genehmigt werden könnte. Sollte eine Kommunikation zwischen verschiedenen Ämtern einer Kommune für die Erledigung eines Anliegens erforderlich sein, sollte dies reibungslos und ohne weiteren bürokratischen Aufwand für die Unternehmen (also etwa ohne doppelten Versand von Daten) erfolgen.

Maximale Dauer von 40 Arbeitstagen bei Plan- und Genehmigungsverfahren bei vollständigen Unterlagen

- Bei nicht vollständigen Unterlagen sollte kurzfristig eine Rückmeldung der Behörde an den antragstellenden Unternehmer erfolgen, um auf die fehlenden Unterlagen hinzuweisen. Bei vollständigen Unterlagen sollte eine Bearbeitung und Entscheidung innerhalb von 40 Arbeitstagen möglich sein.

Personelle Ausstattung in den Straßenverkehrsämtern darf Logistikkwirtschaft nicht behindern

- Bei der Antragsbearbeitung von Groß- und Schwerlasttransporten sollten die zuständigen Verwaltungen zeitnah die prüffähigen Anträge bearbeiten, das Anhörungsverfahren unverzüglich durchführen und eine abschließende Entscheidung innerhalb von drei Arbeitstagen herbeiführen. Personalengpässe in den Straßenverkehrsämtern dürfen nicht zu Verzögerungen bei Logistikbetrieben, Lieferanten und Kunden führen. Für die Logistikregion Niederrhein ist dies von existenzieller Bedeutung.



Stimme der Wirtschaft

E-Government vorantreiben

- Insbesondere die Zeit des Corona-Lockdowns hat gezeigt, dass viele Kommunalverwaltungen der Digitalisierung hinterherhinken. Die Infrastruktur ist vielfach nicht auf dem Stand des Jahres 2020. Für alle Kommunen gilt: Die Anzahl der erforderlichen Verwaltungsgänge sollte reduziert werden. Es muss eine elektronische Bearbeitungsmöglichkeit aller Dokumente geben, die im Geschäftsverkehr mit der Stadtverwaltung erforderlich sind. Der Geschäftsverkehr zwischen Kommune und Unternehmen muss – soweit dem im Einzelfall überörtliche Regelungen nicht entgegenstehen – komplett digital ermöglicht werden, perspektivisch mit der Anbindung an das Gewerbe-Service-Portal.NRW. Die Kommunen müssen Unternehmen auf die Möglichkeiten des E-Governments aufmerksam machen. Von der städtischen Website aus müssen Unternehmen einen direkten Zugriff auf ein Wirtschaftsportal haben, das auf sämtliche Dienstleistungen hinweist, die für Unternehmer relevant sind.

Augenmerk auf Handel und Leerstand legen

- Die Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne sind die Visitenkarte der Wirtschaftsstandorte. Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Werbegemeinschaften müssen gemeinsam durch Aktivitäten (wie Feste und Märkte) sowie einem Anti-Leerstands-Management durch aktive Akquise für eine Belebung der Innenstädte sorgen – trotz der Herausforderungen durch den Onlinehandel. Darüber hinaus sollte ein regelmäßiger Austausch zwischen Stadtverwaltung und Werbegemeinschaften stattfinden, um gegenseitig über Herausforderungen und Aktivitäten zu informieren. Für Händler, nicht nur in den Innenstädten, ist die Verfügbarkeit von Parkplätzen vor den Geschäften von großer Bedeutung. Sollte es aufgrund von Bauarbeiten zu Sperrungen kommen, sollten die Händler über Dauer und Grund der Sperrung frühzeitig informiert werden. Eine Sperrung der Parkplätze sollte so koordiniert werden, dass sie nur am Tag der Bauarbeiten nicht zur Verfügung stehen.

Verkaufsoffene Sonntage/bürgerschaftliches Engagement: Anträge unterstützen

- Werbegemeinschaften, Einzelhändler und Vereine sorgen mit verkaufsoffenen Sonntagen, Straßenfesten und Brauchtumsveranstaltungen dafür, dass eine Stadt lebenswert ist. Gerade in Zeiten, in denen der Fachkräftemangel zunimmt, ist dies ein wichtiger Standortfaktor. Das Engagement der lokalen Akteure ist damit ein wichtiger Beitrag für die lokale Wirtschaft. Von städtischer Seite sollten derartige Feste daher auch bei der Beantragung unterstützt werden – hinsichtlich der Geschwindigkeit der Entscheidung und durch Unterstützung und Beratung bezüglich der einzureichenden Unterlagen.

Gewerbeflächen: Überblick und Austausch mit Akteuren

- Stadtverwaltungen sollten einen Überblick über freie private und kommunale Gewerbeflächen und Gewerbeobjekte sowie einen Überblick über aktuell nicht genutzte Brachen vorhalten. Hierzu sollten sich die Verwaltungen regelmäßig mit Flächen- und Immobilienentwicklern aus der Region austauschen. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen sollte innerhalb von 24 Stunden eine erste Rückmeldung auf eine Anfrage sowie innerhalb der ersten fünf Arbeitstage eine qualifizierte Antwort gegeben werden können. Darüber hinaus sollte bei Bedarf sogleich ein erster Gesprächstermin angeboten werden.

Stimme der Wirtschaft

Rechnungen zügig begleichen

- Die Kommunen sollten fällige Rechnungen der von ihnen beauftragten Unternehmen innerhalb von 15 Arbeitstagen begleichen. Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung gegenüber den Unternehmen.

Ausschuss für Wirtschaftsförderung einrichten

- Große Städte benötigen einen Ausschuss für Wirtschaftsförderung, der die politische Arbeit im Stadtrat – bei Anliegen mit Wirtschaftsbezug – vorbereitet. Dies sollte nicht Aufgabe eines Aufsichtsrats der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sein. Mittel- und Kleinstädte sollten das Thema Wirtschaft in einen bestehenden Ausschuss integrieren.

Überblick über Digitalisierungsinfrastruktur herstellen

- Die Kommunen sollten einen ganzheitlichen Überblick darüber haben, in welchen Gewerbegebieten Glasfaseranschlüsse vorliegen und in welchen Gewerbegebieten es Handlungsbedarf gibt. Gleiches gilt für die Mobilfunknetzabdeckung. Die Kommunikation mit den Anbietern für etwaige Bündelungen oder ähnliche Aktionen sollten von den Wirtschaftsförderungen weiter vorangetrieben werden.

Bestandspflege: Wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderer

- Stadtspitze und Wirtschaftsförderung sollten auch mittelständische Unternehmen regelmäßig besuchen. Bei Unternehmensbesuchen sollte der Fokus auf die Themen gelegt werden, die das jeweilige Unternehmen in seiner Entwicklung behindern und die Kommunalverwaltung betreffen.

Expertengremium aus Unternehmern

- In jeder Kommune sollte es ein Expertengremium aus Unternehmern geben, das sich mindestens einmal im Jahr mit dem Bürgermeister austauscht.

Politik darf Entscheidungen nicht herauszögern

- Die Politik benötigt verlässliche Zahlen zur Entscheidung und darf keine vorschnellen Entscheidungen treffen. Wenn objektive Zahlen auf dem Tisch liegen, sollten wirtschaftspolitisch wegweisende Entscheidungen in der Kommunalpolitik zügig getroffen werden. Verlässliche Rahmenbedingungen befördern die Investitionsneigung. Lange Entscheidungsprozesse sind ein Investitionshemmnis.

Zertifizierung mit dem RAL Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung beantragen

- Das RAL Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung ist ein gutes Signal nach außen, um die Wirtschaftsfreundlichkeit der Mitarbeiter zu dokumentieren. Die Kommunen am Mittleren Niederrhein sollten eine Zertifizierung mit dem RAL Gütezeichen beantragen.



Stimme der Wirtschaft

462
Punkte

Das ist der **durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz** in der Gesamtregion. In allen Bundesländern (mit Ausnahme der Stadtstaaten Hamburg und Berlin) liegt der Wert deutlich darunter, ein Wettbewerbsnachteil für die Region.

Neben guten Serviceleistungen der Kommunen für Unternehmer treibt auch die Haushaltspolitik die Unternehmen um. Das Ausmaß der Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Einnahmen der Städte waren nicht vorhersehbar. Dennoch konnten finanziell nachhaltig agierende Städte effektiver auf die Krise reagieren als Städte, deren Haushaltspläne auch in den guten konjunkturellen Jahren Defizite ausgewiesen haben.

Steuerhebesätze nicht erhöhen – perspektivisch senken

- Angesichts des hohen Steuerniveaus am Mittleren Niederrhein schaden Steuererhöhungen der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Deshalb sollten Städte und Gemeinden von Steuererhöhungen absehen oder sie allenfalls als Ultima Ratio erwägen. Nach der Wirtschaftskrise 2008 haben viele Kommunen am Mittleren Niederrhein in den drei Folgejahren den Gewerbesteuerhebesatz bzw. den Grundsteuerhebesatz erhöht. Dies darf sich in dieser Wirtschaftskrise nicht wiederholen.
- Perspektivisch sollten die Städte und Gemeinden darauf hinarbeiten, dass die Hebesätze – zumindest im Vergleich zu anderen Metropolregionen – wieder wettbewerbsfähig werden. Insbesondere Branchen mit geringer Gewinnmarge leiden aufgrund der Besteuerung von Kostenelementen (wie Mieten und Pachten) unter hohen Gewerbesteuerhebesätzen.

Interkommunale Kooperation vorantreiben

- Die interkommunale Kooperation am Mittleren Niederrhein sollte weiter ausgebaut werden. Nicht nur eine systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere interkommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken.
- Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben auslagern, können sie sich sachlich, thematisch und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.

Aufgabenkritik betreiben

- Die Probleme der Kommunen werden in den kommenden Jahren zunehmen. Mit Blick auf die zu erwartenden Finanzierungsprobleme müssen Städte und Gemeinden an ihren Aufwendungen arbeiten. So sollten sie weiterhin eine Aufgabenkritik betreiben und bei ihren Pflichtausgaben die Standards überprüfen. Dies sollte allerdings nicht zu einem undifferenzierten Personalabbau führen. Ausreichend personelle Ressourcen sollten vor allem auch in den Bereichen der Stadtverwaltung vorhanden sein, die für die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts wichtig sind. Dadurch lassen sich Gewerbesteuererträge generieren. Wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, lassen sich langfristig auch freiwillige Ausgaben besser finanzieren.

Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort

Innenstädte sind die Visitenkarte eines Wirtschaftsstandorts. Der zunehmende Onlinehandel ist eine Herausforderung für den stationären Handel. Es müssen neue Wege beschritten werden, um Innenstädte zu beleben.



Citymanager

- Es gibt in **Tönisvorst** keinen Citymanager. Die Aufgabe übernimmt die Wirtschaftsförderung. Der Einzelhandel steht aufgrund des zunehmenden Onlinehandels vor großen Herausforderungen und sollte daher von der Stadtverwaltung unterstützt werden.

Stadtbild weiter verbessern

- Gerade kleine kreisangehörige Kommunen müssen stetig auf ihr Profil als Handelsstandort achten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das Stadtbild in **Tönisvorst** könnte durch den Einsatz von begehbarem Kopfsteinpflaster verbessert werden.

Digitalisierung der Städte und des Handels fördern

- Die Digitalisierung des stationären Handels und der Städte ist die Herausforderung für die nächsten Jahre; sei es auf den Feldern der Information, der Kommunikation oder der Point-of-Sale-Technik. Viele, vor allem jüngere Besucher, wünschen sich digitale Services für ihre Innenstädte. Diese Services bieten den Besuchern einen direkten Mehrwert. Die Kommunen sollten Impulsgeber sein und Rahmenbedingungen schaffen. Handel und Städte können beispielsweise ortsbezogene Dienste nutzen, um Kunden und Bürgern Informationen und Angebote direkt vor Ort anzubieten. Sofern diese Services ebenso nützlich wie unterhaltsam sind, können sie dazu beitragen, Innenstädte attraktiver zu machen.
- Innenstädte müssen über eine infrastrukturelle Basis verfügen. Eine ausreichend dimensionierte Breitbandinfrastruktur von mindestens 1 Gbit ist erforderlich. In den Innenstädten und im ÖPNV sollte kostenloses und frei zugängliches WLAN zur Verfügung stehen. Ein flächendeckendes Mobilfunknetz ist ebenfalls notwendig.
- Der Verkehr muss intelligent geführt und vernetzt sein. Die Entwicklung von Smart Citys ist gestartet. Die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein sollten dieses Thema zu Beginn der kommenden Wahlperiode konsequent vorantreiben.

35.000

Beschäftigte arbeiten im Einzelhandel am Mittleren Niederrhein. Das sind knapp 8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Handel bleibt ein Beschäftigungsmotor.

Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort

Neue Handelsflächen aktiv steuern

- Die Handelslandschaft ist übersättigt. Dennoch ist das Wachstum bei den Handelsflächen ungebrochen. Dabei sind es häufig Neuansiedlungen in nicht integrierten Lagen, die zu Verschiebungen in der Zentrenstruktur führen. Diese Entwicklung ist nur durch eine konsequente Anwendung der vorhandenen Planungsinstrumente aufzuhalten. Durch die Definition von zentralen Versorgungsbereichen und Sortimentslisten besteht die Möglichkeit, den Wettbewerb im Handel aktiv zu steuern. Diese Möglichkeit muss von den Kommunen aktiv genutzt werden. Für die Verbindlichkeit der Aussagen von Einzelhandelskonzepten ist es allerdings unabdingbar, dass sie vom Stadtrat beschlossen werden. Solche Konzepte sind – auch bei einem positiven Ratsbeschluss – für die Baugenehmigungsbehörde nicht bindend, sondern müssen in der kommunalen Bauleitplanung umgesetzt werden. Dabei sollten die Konzepte nicht nur auf die eigene Kommune begrenzt, sondern durch regionale Kooperationen unterstützt werden. Das regionale Einzelhandelskonzept für den Kreis Viersen zeigt, wie es gelingen kann.

Einkaufszentren in die Stadtmitte bringen

- Einkaufszentren können einen Beitrag zur Belebung von Innenstädten leisten, wenn sie städtebaulich gut integriert sind und über eine geeignete Größe verfügen. Außerdem sollte ihr Sortimentsmix den örtlichen Handelsbesatz ergänzen und nicht ersetzen.
- Unter diesen Voraussetzungen können Einkaufszentren einen wichtigen Beitrag zur Attraktivierung oder Restrukturierung von Citylagen in großen und kleineren Städten leisten.

Nutzungsvielfalt bewahren und Auflagen lebendig halten

- Innenstädte leben von ihrer Vielfalt. Einzelhandel, Dienstleister, Restaurants, Kneipen und Bistros, Kultur und Entertainment, Rathäuser, Ärzte oder Poststellen ziehen Kunden an und gehören in die Zentren. Nur durch die Bündelung zahlreicher öffentlicher und privater Dienstleistungen und Angebote, aber auch durch die Etablierung des Wohnens mit einer adäquaten Nahversorgung in den Städten, bleiben die Innenstädte lebendig. Urbanität ist das einzige Mittel, um sich vom Marktplatz Internet erfolgreich abzugrenzen.
- Allerdings sollte fortlaufend geprüft werden, ob die Auflagen in ihren heutigen Dimensionen für die jeweilige Innenstadt angemessen sind. Schließlich wirkt sich der Strukturwandel im Handel auf das Stadtbild aus. Deshalb ist der Rückbau bzw. Umbau von nicht mehr marktgängigen Handelslagen insbesondere in Randlagen zu berücksichtigen. Wir empfehlen, in ausgeprägten Problemlagen einen Quartiersarchitekten zu beauftragen, der in bautechnischen, immobilienwirtschaftlichen und förderrechtlichen Fragestellungen berät sowie Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarfe ermittelt. Ein Quartiersarchitekt soll das Citymanagement unterstützen. Dadurch sollen Einzeleigentümer für private Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Immobilienbestands aktiviert werden. Insgesamt soll die Multifunktionalität der Innenstadt als Handels-, Gastronomie-, Freizeit- und Wohnstandort gestärkt werden.

Nahversorgung garantieren

- Der demografische Wandel und die Urbanisierung werden sich auch in den Kommunen am Mittleren Niederrhein bemerkbar machen. Schon heute ist der Rückgang wohnortnaher Versorgungseinrichtungen mit Waren des täglichen Bedarfs im Zuge des demografischen Wandels zu beobachten. Dieser Rückgang ist zwar unterschiedlich ausgeprägt, gewinnt aber deutlich an Dynamik. Die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse im Einzelhandel führen zum Rückzug aus der Fläche, das heißt zum Rückgang der Zahl an Standorten des Lebensmitteleinzelhandels und damit zur Ausdünnung der Versorgungsdichte. Dies macht sich in peripheren, ländlichen Lagen und Regionen mit schrumpfender Bevölkerungsdichte insbesondere dadurch bemerkbar, dass immer größere Entfernungen für den Einkauf zurückgelegt werden müssen. Kleinere Läden in dörflich-ländlichen Strukturen werden im Laufe dieses Prozesses meist ersatzlos geschlossen. Der Wegfall dieser und anderer Infrastrukturen hat unmittelbare Konsequenzen auf die Lebensqualität einer zunehmend alternden Gesellschaft („lange Wege“) und führt zur Schwächung der Ortskerne als Zentren des sozialen Austauschs und als Treffpunkte des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Neue digitale Konzepte sollten erarbeitet werden. Die ländlichen Gebiete sollten sich zu Reallaboren für Nahversorgung entwickeln. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung eine funktionierende Nahversorgung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat.

Starkes Stadtmarketing etablieren

- Das kommunale Stadt- und Citymarketing muss ausgebaut und professionalisiert werden. Stadtmarketing ist für viele Städte und Gemeinden ein bedeutendes Thema und gehört in vielen Kommunen längst zur geübten Praxis. Allerdings gehen die zunehmenden Handlungsanforderungen mit sinkenden finanziellen Kapazitäten einher. Dies wird derzeit bei den Themen Krisenmanagement, Sicherheitskonzepte und verkaufsoffene Sonntage immer wieder deutlich.
- Die Kommunen sollten ein schlüssiges Gesamtkonzept zum Erhalt, zur Stärkung oder Entwicklung eines vielfältigen stationären Einzelhandelsangebots verfolgen. Dabei spielen zum Beispiel Sonntagsöffnungen eine wichtige Rolle.
- Stadt und Handel müssen gemeinsam die Verantwortung für die Standorte übernehmen. Seitens der Städte funktioniert dies nur mit einer geeigneten Personal- und Finanzausstattung. Die Kommunen sollten einen „Handelskümmerer“ benennen, der z. B. einen Überblick über städtische Baumaßnahmen, Planungen und sonstige Aktivitäten hat. Er soll auch die Koordination und Leitung von Arbeitskreisen übernehmen sowie Ansprechpartner für Anlieger mit Problemen sein. Des Weiteren sorgt er für die digitale Sichtbarkeit der Innenstadtakteure.
- Außerdem sollte das Leerstandsmanagement in den Kommunen in Abstimmung mit den örtlichen Immobilienmaklern professionalisiert werden. Immobilieneigner sollten aktiv in den Prozess mit eingebunden werden, leer stehende Immobilien für eine zukünftige Nutzung attraktiv zu gestalten. Für relevante Handelslagen in der Innenstadt könnte als Ultima Ratio eine Leerstandsabgabe in Betracht gezogen werden, insbesondere für den Fall, dass der Immobilieneigner kein Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung zeigt. Denn Leerstände zu bekämpfen, bedeutet Städte zu entwickeln.

Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort



Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort

Innenstädte müssen erreichbar bleiben

- Die Innenstadt muss sowohl mit dem Pkw und mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch für den übrigen Individualverkehr erreichbar sein. In Geschäftsnähe müssen ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Umweltzonen, Lärmschutzvorgaben und Parkgebühren dürfen die Kunden nicht von den Innenstädten fernhalten. Die ÖPNV-Verbindungen müssen so gestaltet sein, dass die Innenstädte problemlos erreicht werden können.
- Für das Hauptverkehrsmittel Auto müssen ausreichende und intelligente Parkraumkonzepte entwickelt werden. Dabei sollte die Qualität des Parkplatzangebots mit den Parkgebühren im Einklang stehen.
- Auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist die bequeme und sichere Erreichbarkeit der Innenstädte von großer Bedeutung. Fahrradfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind wichtige Kriterien für die Stadt- und Verkehrsplanung. Damit geht ein Konzept für Fahrradparkplätze einher.

Private Initiativen unterstützen

- Ohne ehrenamtliches Engagement und ohne private Initiativen würde das Gemeinschaftsleben vor Ort erheblich an Qualität und Vielfalt verlieren. Dies hat nicht zuletzt unsere IHK-Studie „Handel³ – Die dritte Dimension des Einzelhandels“ gezeigt. Daher ist das Ehrenamt zu stärken. Die Arbeit von Werbegemeinschaften und Gewerbevereinen sollte beispielsweise in den Bereichen Organisation, Marketingaktivitäten, Stadtfeste und Aktionen stärker unterstützt werden.
- Diese Wertschätzung beschränkt sich nicht nur auf den Handel, sondern sollte die Immobilieneigentümer einschließen. Schließlich sind Immobilieneigner wichtige Partner für die Stadtentwicklung. Sie entscheiden über die Nutzung, den Mieter und den Zustand der Gebäude. Der Zusammenschluss in Immobilien- und Standortgemeinschaften erfordert den Willen zum gemeinsamen Handeln und ist nach wie vor ein effektives Instrument zur Attraktivierung eines Quartiers. Wir beraten die Immobilien- und Standortgemeinschaften und empfehlen den Kommunen, partnerschaftlich mit Immobilien- und Standortgemeinschaften zusammenzuarbeiten.

Profil der Städte schärfen durch Gestaltung, Sauberkeit und Sicherheit

- Die Städte am Mittleren Niederrhein müssen ihr unverwechselbares Profil stärken und gestalten. Die „europäische Stadt“ ist Mittelpunkt des Handels, des Wohnens, der Arbeit, der Freizeit und der Kultur. Ein ausgewogenes Verhältnis der Sortimenten, Ladengrößen, Konzepte und Serviceangebote fördert den Wettbewerb und ist damit die Grundlage für Wandel und Fortschritt. Die Städte der Region Mittlerer Niederrhein zeichnen sich durch ihre architektonische, wirtschaftliche und kulturelle Individualität aus. Gestalterische Regelungen für Werbeanlagen und Gebäude können ein wirksames Instrument sein, den Qualitätsanspruch in der Stadtgestaltung zu sichern. Die Richtlinien und Satzungen müssen mit den Gewerbetreibenden vor Ort im Dialog ausgearbeitet werden. Nur so besteht die Chance, dass die Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstädte von allen Akteuren akzeptiert werden.

- Ein sauberes, sicheres und atmosphärisch ansprechendes Einkaufsklima zu schaffen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Stadt, Händlern und Eigentümern. Auch barrierefreie Innenstädte und kurze Wege werden für die immer älter werdende Bevölkerung ausschlaggebend dafür sein, in welcher Stadt sie leben wollen. Öffentliche Sanitäranlagen müssen ausreichend und in gepflegtem Zustand vorhanden sein.

Investitionen in den Städten fördern

- Viele Innenstädte haben einen jahrelangen Substanzverzehr hinter sich. Vielerorts sind daher nicht nur Instandhaltungsmaßnahmen, sondern umfangreiche Sanierungen notwendig. In diesem Zusammenhang spielen auch neue Investitionen in die Citylagen eine besondere Rolle. Sie sind wichtig, um den Gebäudebestand an heutige Ansprüche des Handels anzupassen und so die Innenstädte attraktiv zu halten. Das Erscheinungsbild der Gebäude und Plätze wirkt sich am stärksten auf den Eindruck aus, den der Besucher von einer Stadt hat. Deshalb müssen Städte Modernisierungsmaßnahmen voranbringen und den öffentlichen Raum pflegen. Durch stärkere direkte Investitionsanreize könnten trotz der hohen baurechtlichen Regelungsdichte im Bestand weitere Investitionen gefördert werden. Die Kommunen sollten diese Anreize durch eine Flexibilisierung der Regelungen zur Stellplatzabläse unterstützen. Dies sind wichtige Rahmenbedingungen, um das Bauen im innerstädtischen Bestand wieder attraktiv zu machen.

Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort



Gewerbeflächen fürs Wachstum

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen ist die Grundlage für Wertschöpfung, Wachstum und neue Arbeitsplätze. Eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ist somit auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die ebenso Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind.

Zur Lebensqualität in den Städten gehört, dass die Straßen in einem guten Zustand sind, Erholungsflächen, Kindertagesstätten und Schulen vorhanden sind und die Städte über Bibliotheken, Schwimmbäder und kulturelle Angebote verfügen. Die Kosten für diese kommunalen Leistungen können nur gedeckt werden, weil ein Großteil der kommunalen Einnahmen über die Gewerbesteuern und damit von den Unternehmen bestritten werden.

Derzeit belegen Gewerbe und Industrie, Handel, Dienstleistungen und sonstige Wirtschaftsbetriebe insgesamt knapp 7.500 Hektar Fläche am Mittleren Niederrhein (5,2 Prozent). Der Anteil der klassischen Industrie- und Gewerbeflächen liegt bei lediglich 3,4 Prozent. Diese Flächen bilden die Basis für den Wohlstand in unserer Region. Um diesen Erfolg weiterführen zu können und zusätzlich den Herausforderungen des Strukturwandels gewachsen zu sein, der politisch und gesellschaftlich durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung gewollt ist, braucht die Wirtschaft auch in Zukunft passgenaue Flächen. Neue Unternehmen müssen sich ansiedeln können, und vorhandene Betriebe brauchen zukunftsfähige Entwicklungsmöglichkeiten. Dabei ist auch das Standortimage von Bedeutung.

**3,4
Prozent**

Das ist der Anteil der klassischen **Industrie- und Gewerbeflächen** an der Gesamtfläche. Von allen Nutzungsarten nimmt nur die Friedhofsfläche (0,6 Prozent) einen geringeren Anteil ein.

Gewerbeflächenangebot ausbauen

- Für Gewerbe und Industrie stehen in **Tönisvorst** keine nennenswerten Flächen zur Verfügung. Um die Flächennachfrage der Wirtschaft bedienen zu können, sollten die Reserveflächen aus dem Flächennutzungsplan (10 Hektar westlich des Gewerbegebiets Hohenhöfe) sowie die Potenzialflächen aus dem Regionalplan Düsseldorf (13 Hektar südlich des Gewerbegebiets Hohenhöfe) zeitnah in verbindliches Baurecht umgesetzt und Flächenankäufe perspektivisch vorgenommen werden.
- Sowohl für neue als auch für bestehende Gewerbe- und Industriegebiete sollten Szenarien entwickelt werden, um Flächenkapazitäten effektiv nutzen und Fehlentwicklungen (auch im Umfeld) von vornherein begegnen zu können. Ein Beispiel ist das Cray-Valley-Gelände. Auf dem ehemaligen Industriegelände werden künftig sowohl rein gewerbliche Nutzungen als auch gemischte Nutzungen angesiedelt werden können. Diese Entwicklung muss nun planerisch begleitet und umgesetzt werden.

Eine zukunftsweisende Flächenpolitik

- Damit sich Unternehmen weiterentwickeln können, benötigen sie Flächen, die ihren Bedürfnissen gerecht werden. Für dienstleistungs- und kundenorientierte Betriebe sind innerstädtische oder innenstadtnahe Flächen geeignet, auch ehemalige Industrieflächen mit einem Mix aus Wohnen, Handel, Dienstleistung und Handwerk. Dagegen können sich emittierende Unternehmen nur in Industriegebieten ansiedeln. Damit Betriebe am Standort wachsen können, sollten vorhandene Gebiete Erweiterungspotenziale bieten.
- Neue Flächen müssen angebotsorientiert entwickelt werden. Bei der Auswahl geeigneter Flächen muss die Marktfähigkeit im Vordergrund stehen. Das gilt auch für Flächenreserven. Ungeeignete Areale sollten anders genutzt werden. Die aufgegebenen Gewerbe- und Industriegebiete müssen an anderer Stelle in der Gemeinde durch Neuausweisungen kompensiert werden.
- Die Bedarfsermittlung sollte auf der Grundlage eines Monitorings erfolgen, das sich am regionalen, branchenspezifischen Bedarf orientiert. Mit Blick auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier müssen zudem Sonderbedarfe ermittelt werden.
- Erweiterungsflächen von bestehenden Unternehmen dürfen nicht in die Berechnung der allgemeinen Flächenreserven einfließen.
- Die kommunale Liegenschaftspolitik muss darauf ausgerichtet werden, dass sie vorausschauend Flächen akquiriert. Dies gilt sowohl für die eigentlichen Bauflächen als auch für natur- oder artenschutzrechtlich erforderliche Kompensationsflächen und für landwirtschaftliche Tauschflächen. Die kommunalen Liegenschaftsabteilungen bzw. Grundstücksgesellschaften müssen mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden.

Flächenkonkurrenzen vermeiden

- Gewerbe- und Industriegebiete müssen vor konkurrierenden Nutzungen, vor allem vor heranrückender Wohnbebauung, geschützt werden. Werden im Umfeld von Gewerbe- und Industriegebieten Wohnungen geplant, muss das Vorhaben mit den Unternehmen abgestimmt werden. Gleiches gilt für die Planung und Entwicklung von Natur- und Artenschutzmaßnahmen.

Regionalplan Düsseldorf umsetzen

- Der aktuelle Regionalplan Düsseldorf weist eine Vielzahl neuer Flächen für die Wirtschaft aus. Diese Flächen müssen in verbindliches Planungsrecht umgesetzt und dem Markt zur Verfügung gestellt werden. Nur so lassen sich die Ziele des Regionalplans auch in Flächenangebote für die Wirtschaft umsetzen.
- Im Regionalplan Düsseldorf sind vier „Premiumflächen“ für Logistik und Produktionsunternehmen dargestellt, die der Deckung des regionalen Bedarfs dienen und auch mit entsprechenden Zweckbindungen versehen wurden:
 - Interkommunales Gewerbegebiet Mönchengladbach/Viersen „Mackenstein“
 - Interkommunales Gewerbegebiet Dormagen/Neuss „Silbersee“
 - Interkommunales Gewerbegebiet Grevenbroich/Jüchen „A540“
 - Ehemaliger Militärflughafen Niederkrüchten/Elmpt
 Diese Flächen müssen in der kommunalen Planung und Vermarktung entsprechend der regionalen Zielsetzung entwickelt werden.

Gewerbeflächen fürs Wachstum



Gewerbeflächen fürs Wachstum

Nachhaltige Gewerbegebiete entwickeln und betreiben

- Nicht nur Start-ups, sondern auch Unternehmen mit moderner Mitarbeiterführung suchen zunehmend Standorte in nachhaltigen Gewerbegebieten. Dort werden soziale, ökonomische und ökologische Belange innerhalb eines gewerblich genutzten Quartiers in Einklang gebracht. Dazu gehören unter anderem eine erhöhte Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Fläche, ein multimodales Mobilitätskonzept, eine verbesserte Aufenthaltsqualität für Mitarbeiter, gemeinschaftlich nutzbare Einrichtungen wie Paketstationen, Carsharing-Angebote, gastronomische (Catering-)Angebote, Kindertagesstätten, zentrale E-Ladesäulen und Co-Working-Spaces.
- In nachhaltigen Gewerbegebieten endet die Verantwortung der Verwaltung nicht nach der Planung und dem Verkauf der Grundstücke. Eine digitale Dateninfrastruktur, die sich flexibel an geänderte Anforderungen anpassen lässt, sowie die Bildung und Betreuung von Netzwerken unter den Gewerbetreibenden innerhalb des Gebietes werden ebenso erwartet.

Gewerbeflächenmanager einsetzen

- Eine aktive Gewerbeflächenpolitik ist unverzichtbar. Die Kommunen sollten daher in Ergänzung zu den kommunalen Wirtschaftsförderungen einen speziellen Manager für Gewerbegebiete engagieren. Dieser sollte, analog zum Klimaschutzmanager, die involvierten Fachbereiche bei der Neuplanung und Umplanung von Gewerbegebieten, bei Grundstücksverhandlungen sowie bei gewerblich-industriellen Reaktivierungs- und Nachverdichtungsprojekten unterstützen.

Unternehmen und Fachkräfte sichern

- Die Schaffung von Wohnraum für alle Einkommenschichten ist für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Ohne ausreichenden Wohnraum für Fachkräfte können Arbeitsplätze nicht besetzt werden und Unternehmen nicht wachsen. Der Regionalplan Düsseldorf enthält eine Vielzahl von Potenzialen für neue Wohnbauflächen. Diese sollten in verbindliches Planungsrecht umgesetzt werden. Innerstädtische Verdichtungspotenziale in immissionsschutzrechtlich konfliktfreien Lagen sollten zusätzlich identifiziert und genutzt werden.
- Neue Wohnnutzungen müssen dabei so platziert werden, dass sie weder den Bestand noch die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerbe- und Industriegebiete beeinträchtigen. Nur so lassen sich Gewerbe- und Industriegebiete nachhaltig für künftige Generationen sichern.

Kompensationsmaßnahmen flächensparend gestalten

- Kompensationsmaßnahmen, also Maßnahmen, die einen Eingriff in Natur und Landschaft an anderer Stelle ausgleichen sollen, sind für viele Unternehmen ein finanzielles Problem. Sie sind zudem sowohl für die kommunale Planung als auch für die Planverfahren zum Ausbau der erneuerbaren Energien eine Hürde. Zudem ist mit ihnen häufig eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme im Freiraum verbunden, die den Kampf um das knappe Gut Boden verschärft. Deshalb müssen Kompensationsmaßnahmen flächensparend geplant und umgesetzt werden.

- Mit dem Umbau der Energieversorgung geht auch der Neubau von Leitungstrassen einher. Die Kompensation der erforderlichen Eingriffe für diese Trassen wird erschwert, da die einzelnen Landschaftsbehörden in den Kreisen und kreisfreien Städten unterschiedliche Bewertungsverfahren zur Ermittlung des Eingriffs und seiner Kompensation fordern. Die Bewertungsverfahren sollten über die Kreis- bzw. Stadtgrenzen hinweg einheitlich anerkannt werden.
- Multifunktionale Maßnahmen, die gleichzeitig dem Gewässerschutz, dem Natur- und Artenschutz, dem Landschaftsbild und der Erhaltung der Biodiversität zugutekommen, sollten von den Landschaftsbehörden der kreisfreien Städte und der Kreise stärker anerkannt werden.
- Die Landschaftsbehörden sollten zudem den ursprünglichen Grundgedanken der Ökopunkte-Konten stärker in den Fokus rücken. Ökopunkte sollten losgelöst von der Funktion der eigentlichen Eingriffsfläche eingesetzt und angerechnet werden können.

Gewerbeflächen fürs Wachstum



Fließender Verkehr für gute Geschäfte

Die Lage im Herzen Europas und gute Verkehrsanbindungen haben den Wirtschaftsstandort Mittlerer Niederrhein stark gemacht. Die Logistikwirtschaft ist für unsere Region sehr wichtig. Doch die Infrastruktur wird den wachsenden Verkehrsströmen teilweise nicht mehr gerecht. Gleichzeitig stehen der Klimawandel und die damit verbundene Verkehrswende auf der politischen Agenda.

Die Wirtschaft befürwortet das politische Ziel, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dadurch werden die Luftqualität und der Verkehrsfluss verbessert. Allerdings bleibt die Erreichbarkeit der Unternehmensstandorte Grundvoraussetzung für den Wohlstand unserer Volkswirtschaft. Durch ihn wiederum ist die Verkehrswende erst finanzierbar.

Hinzu kommt ein sich wandelndes Käuferverhalten, wodurch sich auch Verkehrsströme ändern. Gewachsenen Siedlungsstrukturen und den Stadt-/Umlandbeziehungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zwei Drittel der Berufspendler nutzen aus verschiedensten Gründen den eigenen Pkw. Attraktive und leistungsfähige Angebote sind die Voraussetzung dafür, dass mehr Pendler für den ÖPNV gewonnen werden können. Dazu gehört allerdings nicht nur ein gutes innerstädtisches ÖPNV-System. Es ist auch ein anspruchsvolles Schienenpersonennahverkehrs- und Fernbahnsystem erforderlich, das Systemwechsel vermeidbar macht. Die unmittelbare Lage am Rhein bietet einen besonderen Vorzug bei der Auswahl und Kombination geeigneter Verkehrsmittel und damit auch eine besondere Chance zur Aufrechterhaltung der Mobilität von Menschen und Gütern.

31.500

Beschäftigte in der Region arbeiten im Wirtschaftszweig **Verkehr und Lagerei**, weitere 35.000 im Großhandel. Das entspricht einem Anteil von 15 Prozent (Vergleich NRW: 10,6 Prozent). Der Mittlere Niederrhein ist eine **Region für distributive Dienste**.

Ausbau der L26 vorantreiben

- Die Kreuzung der L26 und der A44 ist eine wichtige Erschließung für das Gewerbegebiet Willich-Münchheide. Berufspendler aus dem Raum Kempen und Tönisvorst nutzen sie, um zu ihren Arbeitsplätzen etwa in Düsseldorf zu fahren. In der Rushhour stauen sich hier täglich Tausende Fahrzeuge. Der durchgängige Ausbau der L26 auf vier Spuren wird derzeit im Zusammenhang mit dem sechsspurigen Ausbau der A44 vorbereitet. Wir fordern eine zügige Umsetzung der Verfahren.
- Zusätzlich ist die Harmonisierung der Ampelschaltungen auf den angrenzenden Landstraßen 361, 381 und 461 zur Verbesserung des Verkehrsflusses erforderlich.

Verlängerung der Schienenstrecke Kaarst–Mettmann nach Viersen

- Mit der Initiative zur Einrichtung der Regiobahn S28 zwischen Kaarst und Mettmann wurde eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Die Verbindung nach Düsseldorf bietet eine deutliche Entlastung der Straße. Dieser Erfolg sollte durch die Verlängerung der Regiobahn nach Willich, Mönchengladbach und Viersen fortgeschrieben werden.

Fließender Verkehr für gute Geschäfte

Ausbau, Erhaltung und Sanierung von Straßen und Brücken

- Der Investitionsstau bei Straßen muss aufgelöst und notwendige Sanierungen müssen zügig umgesetzt werden. Bei den aktuellen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Rheinquerungen darf der Schwerpunkt nicht allein auf die Autobahnbrücken gelegt werden. Auch die Brücken im nachgeordneten Straßennetz, wie etwa die Uerdinger Rheinbrücke, die Rheinkniebrücke, die Theodor-Heuss-Brücke und die Josef-Kardinal-Frings-Brücke, müssen den Anforderungen gerecht werden. Sie bilden die Grundlage für einen funktionierenden Wirtschaftsgüter- und Berufspendlerverkehr.

Kapazitätserweiterung durch Neubau

- Die im Bundesverkehrswegeplan beschriebenen Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung sollten zeitnah in Angriff genommen werden. Auf Kapazitätserweiterungen durch Neubau darf nur da verzichtet werden, wo tatsächlich gute Schienenangebote zur Verfügung stehen.

Sicherung von Schwerlaststruten

- Im Zuge der Energiewende sind zahlreiche Schwertransporte mit mehr als 500 Tonnen notwendig. Beispielsweise werden Transformatoren und Elemente von Windkraftanlagen von den Produktionsstandorten in unserer Region zur Verladung in den Krefelder Hafen gebracht. Für die Produktionsbetriebe ist es existenziell, dass sie auch in Zukunft erreichbar sind. Deshalb müssen entsprechende Korridore für die Schwerlasttransporter in den überregionalen Planungen gesichert werden.

Lkw-Abstellplätze

- Die EU-Sozialvorschriften verpflichten Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer zu Ruhezeiten von elf Stunden zwischen den Schichten und einmal wöchentlich mindestens 45 Stunden. Hinzu kommen kurze Lenkzeitunterbrechungen von 45 Minuten nach jeweils 4,5 Stunden Fahrzeit. Dies führt regelmäßig zu überfüllten Rastanlagen an den Fernstraßen. In den angrenzenden Gewerbe- und Industriegebieten findet sich ebenfalls nicht genügend Platz für das planmäßige Abstellen der Fahrzeuge. Zudem fehlen geeignete Unterkünfte für die Fahrerinnen und Fahrer. Es müssen somit geeignete Angebote geschaffen werden, damit die sicherheitsrelevanten Ruhezeiten an Plätzen mit Sanitäreinrichtungen eingehalten werden können.

Baustellen- und Engpassmanagement

- Bei steigender Verkehrsdichte sind auch punktuelle Störungen durch kurz- oder langfristige Baustellen zunehmend systemrelevant. Bei der Entwicklung des Lkw-Routensystems hat sich gezeigt, dass die komplexen Anforderungen an funktionierende Verkehrsnetze durch interkommunale Zusammenarbeit besser bewältigt werden können. Für die Koordinierung der Baustellen und der Wegweisung sprechen wir uns deshalb für eine interkommunale Zusammenarbeit in einem zentralen Baustellen- und Engpassmanagement aus.

Verbesserung des Verkehrsflusses

- Die Digitalisierung bietet Möglichkeiten für eine dynamische, aufkommensabhängige Verkehrslenkung. Dazu gehört unter anderem die Synchronisation der Ampelanlagen. Die Modernisierung des gesamten Systems macht eine Verstärkung des Verkehrs mit stautentlastender Wirkung in Hauptverkehrszeiten möglich. Dies hätte auch positive Effekte für den Klimaschutz.



Fließender Verkehr für gute Geschäfte

Eiserner Rhein: Güterverkehr von der Straße auf die Schiene bringen

- Der Eiserner Rhein verbindet Antwerpen mit unserem Wirtschaftsraum und den landesbedeutsamen Hafenstandorten Krefeld und Neuss. Wir sprechen uns für eine Reaktivierung des Eisernen Rheins aus. Die Eisenbahntrasse soll von Roermond aus entlang der N280 und der A52 bis nach Mönchengladbach führen.
- Zur Vermeidung von Engpässen auf der Schienenstrecke Viersen–Mönchengladbach–Rheydt ist eine Weiterführung des Eisernen Rheins bis zur Schienenstrecke Köln–Neuss–Krefeld–Duisburg notwendig.
- Neben der unmittelbaren Bedeutung für den Wirtschaftsverkehr schafft die zusätzliche Schienenverbindung auch freie Kapazitäten für eine Verbesserung der Angebote im Schienenpersonenverkehr im Bereich Rheydt–Mönchengladbach–Viersen–Krefeld–Neuss.

Sicherung der Fahrwasserhöhe auf dem Rhein auf 2,80 Meter

- Eine Containerlage auf einem Binnenschiff ersetzt zirka 80 bis 120 Lkw-Fahrten auf der Straße. Die regelmäßige Nutzung der Wasserstraße setzt allerdings eine verlässliche Wasserstandshöhe voraus. In einem grenzüberschreitenden Projekt mit den Niederlanden wurde die Sicherung der Fahrwasserhöhe in der definierten Fahrrinne des Rheins von 2,50 auf 2,80 Meter bis nach Krefeld umgesetzt. Die Sicherung dieser Fahrwasserhöhe über Krefeld hinaus bis nach Köln/Bonn ist verkehrs-, industrie- und umweltpolitisch sinnvoll und auch für den Hafen Neuss wichtig. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist die Sicherung der Fahrwasserhöhe auf 2,80 Meter bis nach Dormagen–Stürzelberg im vordringlichen Bedarf ausgewiesen. Wir fordern die zügige Umsetzung dieser Maßnahme.

Flughafen Mönchengladbach entwickeln

- Ein Konzept sollte entwickelt werden, das aufzeigt, wie der Flughafen Mönchengladbach im Rahmen seiner derzeitigen Genehmigungs-, Finanz- und Organisationssituation weiter belebt werden kann. Aufgrund der veränderten Eigentums- und Finanzierungsverhältnisse muss eine neue inhaltliche Ausrichtung für den Flughafen Mönchengladbach erarbeitet werden. Wir unterstützen die Idee, über ein gemeinsames Gewerbegebiet der Städte Mönchengladbach, Willich und Korschenbroich am Flughafen nachzudenken.

Schienerpersonen- als Alternative zum Individual-Verkehr

- Die Verlagerung von Verkehren von der Straße auf die Schiene kann grundsätzlich zur geforderten Umweltentlastung beitragen. Pendlerverkehre, Geschäfts- oder Tourismusreisen mit der Bahn setzen aber attraktive Angebote voraus. Dazu gehören neben dem Preis auch Pünktlichkeit, Frequenz und Direktverbindungen zu wichtigen Zielen.
- Für Erweiterungen des Angebots, etwa durch die Anbindung an das neue RRX-System oder die Einrichtung einer Universitätslinie von Düsseldorf über Mönchengladbach nach Eindhoven, aber auch für die Verbesserung der Angebote im Nahverkehr, müssen die entsprechenden Kapazitäten im Schienennetz geschaffen werden.

- Für die Stadt-Umland-Beziehungen müssen die ÖPNV-Verbindungen zwischen den Städten und den ländlich geprägten Räumen des Mittleren Niederrheins, aber auch zu den Städten Düsseldorf und Köln, besonders für die Berufspendler deutlich verbessert werden.

Fließender Verkehr für gute Geschäfte

Eine ÖPNV-Brücke über den Rhein

- Die Messe Düsseldorf und der Flughafen Düsseldorf sind für die Unternehmen im IHK-Bezirk bedeutende Standortfaktoren. Eine zusätzlich den Rhein querende ÖPNV-Linie (U81), verknüpft mit den vorhandenen linksrheinischen Schienenpersonennahverkehrs-Angeboten, könnte zu einer deutlichen Entlastung der Straße führen.

Einrichtung einer „Limes-Linie“

- Die mit der Entwicklung des UNESCO-Weltkulturerbes verfolgte Bewusstseinsbildung kann durch eine direkte Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Xanten-Krefeld-Neuss gestärkt werden. Neben dem kultur-touristischen Beförderungsangebot bietet sich damit für die Berufspendler eine Alternative für den Weg zwischen den Industriestandorten und dem Wohnumland.

Verlängerung der S-Bahn-Linie S8

- Täglich pendeln 3.370 Personen aus dem Raum Heinsberg zu ihren Arbeitsplätzen in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Hauptträger der Verkehrslast ist derzeit die A46 mit den entsprechenden Staus im AK Neuss-West und in den Zufahrten zur Stadt Düsseldorf. Die Verlängerung der S8 über MG-Rheydt nach Erkelenz, über Baal, bis Hückelhoven-Ratheim könnte einen erheblichen Teil dieser Pendlerströme aufnehmen und damit zur Entlastung des Straßennetzes beitragen.

Einrichtung der S-Bahn-Linie S6

- Eine Vereinbarung zwischen Land, DB AG, VRR und NVR sichert die Finanzierung einer S-Bahn-Verbindung anstelle der bisherigen RB27 zwischen Mönchengladbach und Köln. Damit würde eine attraktive Verbindung im 20-Minuten-Takt über Jüchen, Grevenbroich und Rommerskirchen geschaffen. Diese Planungen sollten zügig umgesetzt werden.

S-Bahn-Linie S12 bis Düsseldorf

- Derzeit wird die S12-Verbindung zwischen Köln Hbf und Bedburg/Erft geplant. Damit droht die Verbindung von Köln über Horrem, Bedburg, Grevenbroich und Neuss nach Düsseldorf verloren zu gehen. Die Weiterführung der S12 bis Düsseldorf würde in Grevenbroich ein attraktives S-Bahn-Kreuz mit der S6 schaffen.

Einrichtung einer „Revierbahn“

- Der mit dem Kohleausstieg verbundene Strukturwandel bietet die Möglichkeit, frühzeitig eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur zu planen, die dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen gerecht wird. Das vorhandene Schienennetz und die damit verbundenen Leistungsangebote sollten auf mögliche Qualitätssteigerungen geprüft werden. Im Vordergrund steht dabei die Verknüpfung der heutigen Verbindungen zwischen Düsseldorf, Köln und Aachen über Neuss und Grevenbroich mit Verbindungen über Aachen nach Antwerpen.



Fließender Verkehr für gute Geschäfte

Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln

- Der demografische Wandel, die Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen sowie die Anforderungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes haben auch Einfluss auf die Stadt- und Verkehrsplanung. Deshalb müssen die Kommunen nachhaltige Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln und umsetzen. Zur Stärkung der E-Mobilität sollte die flächendeckende Einrichtung von Ladesäulen im Sinne einer Angebotsoffensive vorangetrieben werden. Die punktuelle Ausweisung und Reservierung von Lademöglichkeiten führt zur Reduktion von Parkraum und einer Steigerung des Suchverkehrs.
- Die virtuelle Verknüpfung der Informationen zu den unterschiedlichen Beförderungsmitteln des Individualverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs und die Einrichtung digital verknüpfter Mobilitätsstationen, Parkierungseinrichtungen und Bezahlssysteme kann erheblich zur Entlastung des Straßennetzes beitragen.
- Für die innerstädtische Mobilität gewinnt das Fahrrad zunehmend an Attraktivität. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen. Allerdings ist zu beachten, dass
 - für diese Radverkehre auch Reserven bei den übrigen Verkehrsmitteln vorzuhalten sind, da sie wetterbedingt oder aus beruflichem Anlass durch Kraftfahrzeuge des ÖPNV oder Individualverkehrs ersetzt werden müssen,
 - die notwendigen Bewegungsräume für den Radverkehr grundsätzlich zusätzlich zu schaffen sind, da sie nicht ohne Nachteile für den allgemeinen Verkehrsfluss aus dem vorhandenen Verkehrsraum abgetrennt werden können,
 - das Abstellen von Fahrrädern geordnet und sicher stattfinden kann.

Attraktive Gestaltung von Kleinbahnhöfen

- Haltestellen für den ÖPNV müssen Mindestanforderungen an Wetterschutz, Sauberkeit und Barrierefreiheit erfüllen. Ein Grundmaß an Einheitlichkeit von Haltepunkten des ÖPNV trägt zu routinierten Abläufen bei.

Digitale Welten für eine zeitgemäße Vernetzung

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, grundlegend. Die digitale Vernetzung von Maschinen und Produkten wird sich in Zukunft rasant weiterentwickeln. Neue Geschäftsmodelle entstehen, traditionelle Prozesse, Produkte und Dienstleistungen werden infrage gestellt. Auf die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen kommt die Herausforderung zu, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Wirtschaft und damit auch die Beschäftigten von der Digitalisierung profitieren.



Flächendeckender Breitbandausbau

- Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation sowie für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Für Unternehmen ist sie Grundlage für eine reibungslose Abwicklung ihrer Geschäfte. Die Städte und Gemeinden sollten dafür sorgen, dass eine flächendeckende und leistungsfähige Breitbandversorgung gewährleistet werden kann.

Digitale Infrastruktur bei Planungen von Anfang an mitdenken

- Kommunale Planungen und Investitionen müssen die digitale Infrastruktur von Anfang an mitdenken. Häufig können bei Tiefbauten gleich Leerrohre verlegt werden, um später vielleicht ein Glasfaserkabel durchzuziehen. Dies sollte von den Kommunen immer mitbedacht werden.

Kümmerer für Breitbandausbau in den Kommunen

- Unternehmen benötigen in den Kommunen einen Ansprechpartner für das Thema Breitbandversorgung. In den kreisfreien Städten und Kreisen sollte die Stelle der Breitbandkoordinatoren dauerhaft – auch nach Auslauf der Förderung – aufrechterhalten werden.

Leistungsfähige Handynetze

- Die Leistungsfähigkeit der Handynetze muss erhöht werden. Am Mittleren Niederrhein gibt es bei der Netzabdeckung zu viele weiße Flecken auf der Karte. Die Städte und Gemeinden sollten eine lückenlose Versorgung mit LTE, perspektivisch mit 5G, gemeinsam mit den Netzbetreibern forcieren. Der Kommunalpolitik und den Verwaltungen kommt die Aufgabe zu, geeignete Standorte für Funkmasten zu finden und Ängste und Sorgen in der Bevölkerung abzubauen.

Platz 1

bei der Bedeutung aller Standortfaktoren nimmt die **Informations- und Kommunikationsinfrastruktur** ein. Die Bewertung der Qualität hinkt hinterher.



Energiewende mit Zukunft

Der politisch beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland macht eine Beschleunigung der Energiewende notwendig. Besonders unsere Region als Heimat der Energiewirtschaft sowie überdurchschnittlich vieler energieintensiver Unternehmen stellt dieser Transformationsprozess vor enorme Herausforderungen. Jedoch können sich auch langfristig große Chancen für unseren Wirtschaftsstandort ergeben. Unsere Region hat aufgrund ihrer industriellen Verbrauchsstruktur, ihrer Energieinfrastruktur sowie ihres großen Know-hows im Bereich der Energiewirtschaft beste Voraussetzungen, die Chancen der Energiewende zu nutzen. Die Region kann sich zu einer Modell- und Vorreiterregion für die Gestaltung der Energiewende 2.0 entwickeln.

Energiepolitik mit Augenmaß

- Wir plädieren auf dem Weg zu einer weitgehend auf erneuerbaren Energien fußenden Energieversorgung für eine Politik mit Augenmaß.
- Auf dem Weg zu diesem neuen Energieversorgungssystem muss die Ausgeglichenheit des energiepolitischen Zieldreiecks einer sauberen und sicheren Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen stets gewährleistet sein.
- Eine Energiewende mit wirtschaftlichen Verwerfungen wird international keine Nachahmer finden.

Schaffung von Ersatzkapazitäten und notwendiger Infrastruktur

- Um den Wegfall der gesicherten Leistung aus der Kohleverstromung zu kompensieren, muss der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden. Zudem sollten zum Erhalt der Versorgungssicherheit Kapazitäten im Gasbereich ausgebaut werden. Dazu gehört auch, dass den erneuerbaren Energien Raum gegeben wird. Regelungen für weite Abstände zu den Siedlungsgebieten bei der Errichtung von Windenergieanlagen gehören ebenso auf den Prüfstand wie genehmigungsrechtliche Regelungen für das Repowering.
- Die Kommunen sollten sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt engagieren, etwa durch Programme zur Installation von Fotovoltaik-Anlagen.
- Der Ausbau sowie die Optimierung der Netze müssen an den Ausbau der regenerativen Erzeugungskapazitäten angeglichen werden.
- Auch der Aufbau von Speichern und von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) muss vorangetrieben werden.
- Die Energiewende kann nur gelingen, wenn auch auf kommunaler Ebene die entsprechenden planerischen Grundlagen auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene unterstützt und durch kommunale Planungen ergänzt werden.

33
Prozent

der gesamten **industriellen Wertschöpfung** am Mittleren Niederrhein entfallen auf **energieintensive Industrien**.

Energiewende mit Zukunft

Netzmonitoring auf allen Spannungsebenen

- Der Transformationsprozess muss von einem verstärkten Monitoring auf allen Spannungsebenen begleitet werden, damit das Netz intelligent gesteuert werden kann und Schwachstellen erkannt werden können.
- In unserer Region müssen alle notwendigen Akteure für die Implementierung eines solchen Monitorings beteiligt und einbezogen werden.

Wettbewerbsfähige Energiepreise

- Alle gewerblichen Stromverbraucher, insbesondere energieintensive Unternehmen, aber auch der Mittelstand, müssen vor den tendenziell steigenden Energiekosten, die mit dem beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung einhergehen, geschützt werden.
- Ohne eine solche Kompensation besteht die Gefahr, dass Unternehmen ihre Produktion mittelfristig ins Ausland verlagern, wo die Energiekosten niedriger sind als in Deutschland. Die Kommunen können diese wichtige Position in ihrer politischen Arbeit unterstützen.

Strukturwandel in interkommunaler Zusammenarbeit begleiten

- Auslöser des Strukturwandels im Rheinischen Revier ist der beschleunigte Ausstieg aus der Kohleverstromung.
- Der Strukturwandel ist eine Generationenaufgabe, bei der gemeinschaftliches Handeln notwendig ist. Wir unterstützen vor diesem Hintergrund interkommunale Zusammenarbeit zur positiven Gestaltung des Strukturwandels.
- Das Rheinische Revier bekommt umfangreiche Strukturmittel in Aussicht gestellt. Es müssen gemeinsam Projektideen entwickelt und qualifiziert werden, um von den Strukturmitteln bestmöglich zu partizipieren.
- Wir fordern und unterstützen sämtliche Aktivitäten zur Schaffung neuer Wertschöpfung und neuer Arbeitsplätze im Rheinischen Revier.



Starke Wirtschaft für starken Nachwuchs

Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Eine starke Wirtschaft benötigt einen starken Nachwuchs. Auch auf Ebene der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltungen kann einiges getan werden, um das System zu stärken.

Berufsschulen stärken

- Der Kreis Viersen verfügt über zwei Berufsschulen mit gut 3.000 Schülern. Die IHK-Studie „Dualer Ausbildungspartner Berufsschulen – Stärken und Herausforderungen“ hat gezeigt, dass die Unternehmer das dichte Berufsschulnetz wertschätzen. Immerhin sehen 20 Prozent der Unternehmen einen Zusammenhang zwischen dem Image der Berufsschulen und offenen Ausbildungsstellen. Insbesondere sehen sie Handlungsbedarf bei Investitionen in Digitalisierung (Raumausstattung, Hardware), zum Teil auch bei der Modernisierung von Gebäuden. Dies zeigt: Bei der Investitionsplanung der Träger müssen die Berufsschulen mitbedacht werden.

Image der dualen Ausbildung stärken

- Alle Akteure sollen für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung werben. Dabei werden sowohl leistungsstarken als auch praxisbegabten Schülern und Schülerinnen gezielt die Vorteile der beruflichen Bildung aufgezeigt.

Berufsorientierung forcieren

- Berufsorientierung soll flächendeckend in allen Schulformen und konsequent in den Unterricht integriert stattfinden.
- Das Landesprogramm KAoA (Kein Abschluss ohne Anschluss) soll auf nachhaltige Wirksamkeit überprüft werden. Das Zusammenspiel der einzelnen Bausteine des Programms muss dabei ebenso im Fokus stehen wie die effiziente Vernetzung mit den regionalen Angeboten zur Berufsorientierung (z. B. CHECK IN Berufswelt). Dies betrifft insbesondere die Arbeit der kommunalen Koordinierungsstellen.
- Wirtschaft und Arbeitsleben müssen als Themen fest in den Schulalltag integriert werden. Hospitationen der Lehrer und Lehrerinnen in Unternehmen sind hilfreich, um praxisnahe Informationen zu aktuellen Entwicklungen vermitteln zu können. Kommunale Akteure können dabei vermitteln und gestalten.

Fachkräfte für den Erfolg

Der Fachkräftemangel ist das bestimmende Thema der Unternehmen am Mittleren Niederrhein. Seit einigen Jahren geben die Unternehmen in der jährlichen Befragung an, dass der Mangel an geeigneten Fachkräften ihr größtes Geschäftsrisiko ist. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass das Thema aus dem Fokus geraten ist. Sobald sich die Wirtschaft erholt, wird sich der Engpass an qualifizierten Fachkräften wieder als begrenzender Faktor für die Leistungsfähigkeit der Unternehmen am Mittleren Niederrhein zeigen. Wesentlicher Faktor zur Lösung des Problems ist die Förderung der dualen Ausbildung und der beruflichen Bildung insgesamt. Ferner sollten weitere Fachkräfteressourcen und Potenziale der Region erschlossen werden: ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Menschen mit Behinderung, Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.



Fachkräfte beruflich weiterbilden

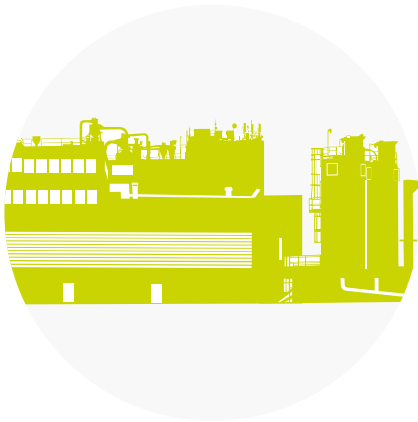
- Weiterbildungs- und Beratungsangebote sollten flächendeckend ortsnahe zur Verfügung stehen.
- Auf dem Weg in die digitale Arbeitswelt müssen auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch passgenaue Weiterbildungsangebote mitgenommen werden.
- Doppelstrukturen der Bildungsakteure sollten vermieden werden. Für die Kompetenzförderung auf wissenschaftlichem Niveau sind die Hochschulen mit ihren Angeboten zuständig, für die berufliche Weiterbildung die zuständigen Stellen gemäß Berufsbildungsgesetz, die Bildungsträger und die Unternehmen.

Geflüchtete beruflich integrieren

- Transparente Entscheidungen und ein einheitliches Vorgehen der regionalen Behörden sind bedeutsam. Insbesondere bei der Auslegung von Erlassen, wenn es zum Beispiel um die Anerkennung der Ausbildungsdauer geht, ist ein abgestimmtes Vorgehen der regionalen Ausländerämter angezeigt. Vor Ermessensentscheidungen im Kontext von Abschiebungen sind die Beteiligten proaktiv zu hören – insbesondere auch die betroffenen Unternehmen.
- Die sogenannte 3+2-Regelung für Geflüchtete in der Ausbildung birgt nach wie vor Unsicherheiten für Unternehmen. Eine Duldungsregelung wäre bereits für die Zeit der Ausbildungsvorbereitung wichtig, etwa während einer Einstiegsqualifizierung. Das Gesetz darf keinen Spielraum für Interpretationen bieten. Der Bund sollte eine bundesweit einheitliche Anwendung ermöglichen und Ergänzungen für das Thema Ausbildungsvorbereitung formulieren.
- Die Einstiegsqualifizierung (EQ Plus) für Geflüchtete sollte mit einem Sprachkurs verknüpft werden. Dazu werden am Mittleren Niederrhein mehr praxisnahe, berufsspezifische Sprachkursangebote benötigt. Weitere Angebote können beispielsweise durch die Landesinitiative „Gemeinsam klappt's" ins Leben gerufen werden. Eine aktive Beteiligung der Kommunen an Landes- und Bundesprogrammen ist wünschenswert.
- Die Möglichkeit, dass vorhandene berufliche Abschlüsse und erworbene Kompetenzen durch beispielsweise die IHK FOSA, die Externenprüfung oder Projekte wie ValiKom anerkannt werden können, sollte stärker bekannt gemacht werden.

39
Prozent

der Unternehmen sahen vor der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise im **Fachkräftemangel ein wesentliches Geschäftsrisiko** für die weitere Entwicklung. Das Thema wird langfristig wieder an Bedeutung gewinnen.



Industrie – Rückgrat der Region

Die Industrie ist das Rückgrat der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein. Umso wichtiger ist es, dass die Bürger den Stellenwert der Industrie erkennen und Industrieprojekte akzeptieren. Ohne Industrie würde es viele Produkte, die für uns selbstverständlich sind, nicht geben.

Mehr Akzeptanz für die Industrie

- Die Industrie ist das Fundament des Wohlstands der Region. Allerdings fehlt es in Politik und Gesellschaft für die Bedürfnisse der Industrie zunehmend an Verständnis. Daher ist es wichtig, dafür in einem offenen Dialog mit den Bürgern zu werben. Der Politik und den Verwaltungen kommt die Aufgabe zu, industrielle Großprojekte sachlich und nicht ideologisch zu bewerten.

Industriegebiete schützen

- Die wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen in Industrie- und Gewerbegebieten dürfen durch benachbarte Wohnprojekte oder ähnliche Ansiedlungen, die vor Emissionen geschützt werden müssen, nicht beeinträchtigt werden. Ihr Bestand muss geschützt werden, Entwicklungen müssen möglich sein. Wir fordern, dass sämtliche Planungen für Projekte im Umfeld von Industriegebieten frühzeitig, also vor Beginn offizieller Planverfahren, mit den Unternehmen abgestimmt werden.

12,7
Millionen Euro

Das ist die **Wertschöpfung der produzierenden Branchen** am Mittleren Niederrhein. Sie entspricht damit 32 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in der Region.

Forschung und Innovation sichern die Zukunft

Forschung und Entwicklung, neue Technologien und Innovationen sind die Basis dafür, dass der Mittlere Niederrhein sich auch in Zukunft im Wettbewerb mit anderen Regionen behaupten kann. Die Innovationskraft der Unternehmen ist für unsere Region von entscheidender Bedeutung.

Start-up-Szene fördern

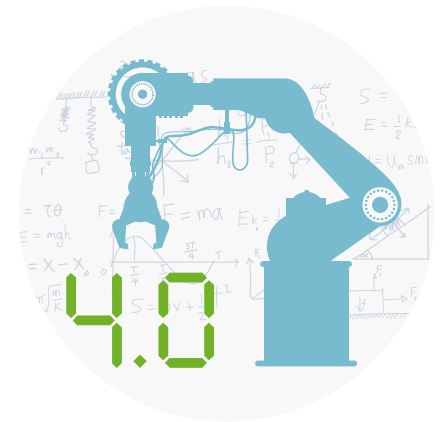
- Die Region Mittlerer Niederrhein braucht langfristig neue Ideen und Produkte. Nur dann kann der strukturelle Wandel in der Region erfolgreich sein. Start-ups sind innovativ, kreativ und bringen häufig digitale Produkte auf den Markt. Diese Innovationstreiber benötigen besondere Standortvoraussetzungen. Orte des Austauschs sind genauso wichtig wie eine kompetente Gründerberatung. Deshalb ist ein einheitlicher Ansprechpartner, der auch als Kümmerer agiert, essenziell. Co-Working-Spaces in Hochschul- und Innenstadtnähe sind insbesondere für Gründungen aus den Hochschulen wichtig. Diese Orte müssen verstärkt kleine und mittlere Unternehmen einbinden. Das Netzwerk Innovationspartner Niederrhein sollte hier über den Ansatz Innovation und digitale Transformation stärker als Brücke genutzt werden (Wirtschaftsförderungsgesellschaften sind hier Partner). Die Gründerregion Niederrhein ist ein wichtiges Instrument. Das Netzwerk sollte gemeinsam und partnerschaftlich von den Akteuren in der Region Mittlerer Niederrhein weiterentwickelt werden.

Wissen ist der Rohstoff der Zukunft

- Als Teil des Rheinischen Braunkohlereviere müssen Mönchengladbach und der Rhein-Kreis Neuss die Folgen des Braunkohleausstiegs bewältigen. Die lokale Wirtschaft ist direkt und indirekt in überregional braunkohlebezogene Wertschöpfungsketten eingebunden. Der Wegfall dieser Strukturen sollte kompensiert werden. Dafür benötigen insbesondere Mönchengladbach und der Rhein-Kreis Neuss Innovationen und neue Geschäftsmodelle. Gleichzeitig ändert die digitale Transformation die Art und Weise, wie wir leben und wirtschaften, mit zunehmender Geschwindigkeit. Für den wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Unternehmen ist es entscheidend, die neuen Chancen der Digitalisierung durch smarte Innovationen zu nutzen. Bei der Gestaltung dieses doppelten Strukturwandels kommt der Ressource Wissen eine zentrale Rolle zu. Die Bedeutung von Wissenstransfer, Innovation und Qualifizierung nimmt immer weiter zu. Regionen sind nur dann zukunftsfähig, wenn Wissenschaft und Wirtschaft vor Ort gemeinsam neues Wissen generieren, es in konkrete Anwendungen überführen und Menschen dafür qualifizieren. Mönchengladbach muss seinen Hochschulstandort weiter ausbauen und mit anderen Kommunen noch stärker als zuvor kooperieren.

Technologieakzeptanz fördern

- Die Industrie ist ein Innovationstreiber. Insbesondere digitale Innovationen wie beispielsweise 3D-Druck, Elektromobilität oder immer leistungsfähigere Windkraftanlagen tragen dazu bei, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die Bedeutung dieser Technologien und die damit verbundenen Arbeits- und Ausbildungsplätze müssen sichtbar gemacht werden. Kommunen sollten Industrie in allen Aspekten, wie z. B. Gewerbeflächen, Ausbau oder neue Ansiedlung, unterstützen und den Nutzen für die Gesellschaft sichtbar machen.





Der Niederrhein, ein starkes Stück Rheinland

Wie alle Regionen ist der Mittlere Niederrhein auf Investoren angewiesen. Im Wettbewerb mit anderen Regionen können wir uns nur behaupten, wenn Politik, Verwaltung und Unternehmen kooperieren.

Gemeinsames Destinationsmanagement und -marketing Niederrhein schaffen

- Trotz zahlreicher Erfolgsmeldungen zur Entwicklung des Tourismus hinkt der Niederrhein hinterher. Dies hängt auch mit dem fehlenden Willen zusammen, ein gemeinsames Destinationsmanagement und -marketing für den Niederrhein aufzubauen. Nur, wenn sich alle unter einer Marke versammeln, können wir noch besser und effektiver für unsere Region werben. Gerade die Corona-Pandemie kann dazu führen, dass innerdeutsche Ziele an Bedeutung gewinnen. Daher fordern wir, die Diskussion über die zukünftigen Tourismusstrukturen am Niederrhein weiterzuführen.

Weiterentwicklung der Metropolregion zur Marke

- Der Niederrhein ist ein wichtiger Bestandteil der Metropolregion Rheinland. Nach der Gründung des Vereins Metropolregion Rheinland wird es nun darum gehen, die Region gemeinsam in ihren verschiedenen Ausprägungen als zusammenhängenden Lebensraum zu positionieren. Wir fordern die Weiterentwicklung der Metropolregion Rheinland zu einer Marke. Auf diesem Weg sollen Kooperationen verstärkt und Synergien geschaffen werden. Ein möglicher Anknüpfungspunkt dafür könnten digitale Angebote sein. Dies könnte eine Art Klammer für den Raum sein.

Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032 weiterhin positiv begleiten

- Wir begrüßen eine Bewerbung der Region Rhein-Ruhr für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 und wünschen uns, dass die kommunalen Akteure aus unserer Region diese Bewerbung weiterhin unterstützen. Wir rechnen mit positiven Effekten auf den Wirtschaftsstandort. So bewerten 73 Prozent der Betriebe eine mögliche Bewerbung der Region Rhein-Ruhr für die Olympischen Spiele 2032 positiv oder sehr positiv.

Vom Niederrhein in die Welt

Der Außenhandel ist für die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein besonders wichtig. Das verdeutlicht die überdurchschnittlich hohe Exportquote der Industrie von mehr als 50 Prozent.

Grenzüberschreitende Kooperation weiter intensivieren

- Der IHK-Bezirk ist eine Grenzregion. Obwohl die Zusammenarbeit in der euregio rhein-maas-nord gut funktioniert, findet bei der regionalen Entwicklung noch wenig Abstimmung statt. Wir fordern, dass die Anstrengungen zur grenzüberschreitenden Kooperation in den Bereichen Infrastruktur, ÖPNV, Kultur und Wissenstransfer weiter intensiviert werden. Die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen in der Region sollten sich dafür weiter einsetzen.



52
Prozent

Das ist die aktuelle **Exportquote der Industrie** am Mittleren Niederrhein. Die Region ist überdurchschnittlich stark vom Export abhängig.



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein
Nordwall 39
47798 Krefeld

Ansprechpartner/Redaktion:

Gregor Werkle
Leitung Wirtschaftspolitik
☎ 02151 635-353
@ gregor.werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Gestaltung:

360 Grad® Design, Krefeld

Bildnachweise:

Titel, S. 8, 27, 28, 30, 33, 34, 35: 360 Grad® Design; S. 13 Rachael Arnott (Adobe Stock); S. 18 alexlmx (Adobe Stock); S. 22 madpixblue (Adobe Stock); S. 31 Fiedels (Adobe Stock); S. 32 MTG (Adobe Stock)

Stand:

Juli 2020

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Ihre IHK Mittlerer Niederrhein vor Ort

Nordwall 39
47798 Krefeld
☎ 02151 635-0
@ ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Bismarckstraße 109
41061 Mönchengladbach
☎ 02161 241-0
@ ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Friedrichstraße 40
41460 Neuss
☎ 02131 9268-0
@ ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de